

Zum 75. Jahrestag der Befreiung

Mit Millionen von Menschen auf der ganzen Welt setzen wir am 8. Mai, dem 75. Jahrestag der Befreiung von faschistischer Barbarei und Nationalsozialismus, ein Zeichen zum Gedenken, zur Mahnung und zur Würdigung der historischen Befreiungstat der Völker der Sowjetunion, der Antihitlerkoalition und der antifaschistischen Widerstandskämpfer. Gemeinsam und individuell wollen wir an diesem Tag dieses historische Datum der Befreiung Deutschlands und unserer Erinnerungskultur in das Gedächtnis vieler Bürger rufen. Wir erinnern daran, dass der Hitlerfaschismus und der 2. Weltkrieg die größte geschichtliche Katastrophe des 20. Jahrhunderts waren und Millionen Opfer gefordert haben. Es war die Sowjetunion, die die Hauptlast bei der Zerschlagung des Faschismus trug. 27 Millionen Bürger der Sowjetunion wurden Opfer dieses furchtbaren Vernichtungskrieges. 14 Millionen Zivilisten überlebten diese Barbarei nicht.

Wir mahnen, dass die Lehren aus diesem dunklen Kapitel der Menschheitsgeschichte unzureichend gezogen wurden. Nach wie vor mischen die Lobbyisten der Rüstungskonzerne weltweit die Karten der Politik mit. Nach wie vor verdienen sie an den militärischen Auseinandersetzungen und religiösen Konflikten in vielen Regionen der Welt. Das Streben nach Weltherrschaft hat viel Leid über die Menschheit gebracht. Wieder sind Millionen Menschen vor Krieg und Terror auf der Flucht. Es ist nicht hinzunehmen, dass nach 75 Jahren in Europa wieder Rechtsextremisten in den Parlamenten sitzen, ihre Ideologie verbreiten und dass zunehmend nationalistische Stimmungen, Hetze und Aktivitäten wieder hoffähig werden.

Der feindselige Ton in einigen Medien und einiger Politiker fordern unseren Widerstand. Es gilt, diesen Tendenzen und der Leugnung und Umdeutung historischer Wahrheiten entgegenzuwirken. Wir sind entschieden dagegen, dass heute, 75 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges, wieder deutsche Panzer, deutsche Soldaten und die NATO an der russischen Grenze und unweit von St. Petersburg stationiert werden und für einen Krieg trainieren. Wir fordern von der Bundesrepublik eine Politik der guten Nachbarschaft zu Russland. Der in der Vergangenheit

gezogene Graben zwischen Deutschland und Russland darf nicht weiter vertieft werden. Der Respekt vor den Opfern und die Achtung der Befreier erfordern, dass der Tag der Befreiung in der Bundesrepublik endlich als gesetzlicher Feiertag anerkannt wird und auch das Land Thüringen eine konkrete Zusammenarbeit mit einer Partnerregion in Russland sucht und gestaltet. Wir hoffen, dass die Stadt Suhl, ihr Stadtrat und ihre

Bürger die Erfahrungen einer ein halbes Jahrhundert andauernden herzlichen Partnerschaft mit Kaluga in diese Bemühungen für ein friedvolles Nebeneinander einbringen werden. Wir werden nicht nachlassen, das gegenseitige Verständnis und die traditionell bestehende Freundschaft zwischen den Völkern sowie eine gedeihliche Zusammenarbeit in allen Bereichen unseres Lebens weiter zu fördern. Das sind wir den Opfern der faschistischen Barbarei, der jetzigen und zukünftigen Generation schuldig.

—HUBERT HEIDERICH—

VORSITZENDER DER ORTSGRUPPE SUHL
DEUTSCH RUSSISCHE FREUNDSCHAFTSGESellschaft
IN THÜRINGEN E.V.



Keine Rückkehr

Die Welt wird nie wieder so sein, wie wir sie bis Anfang März 2020 kannten. Was niemand für möglich gehalten hat, ein Virus hat das „normale“ Leben ausgebremst. Es bedurfte nur dieses unsichtbaren Winzlings, um dem Funktionieren einer gnadenlos auf Profitmaximierung orientierten Weltwirtschaftsordnung mit ihrer exzessiven Globalisierung ein plötzliches Ende zu setzen. Wir haben es nicht nur mit einer Corona-Krise zu tun, sondern mit einer noch nie dagewesenen globalen Krise des Kapitalismus. Auch die Völker des reichen Nordens haben plötzlich gesehen, dass ihre „Kaiser“ nackt sind, dass ihre gesellschaftlichen Entwürfe und Versprechungen das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben stehen. Aufgabe aller linksalternativ und solidarisch Denkenden ist es, Visionen einer gesellschaftlichen Transformation hin zu einer strikt und ausschließlich an Gemeinwohl, Solidarität, Frieden und Umwelt orientierten Gesellschaft zu entwerfen. Es ist eine Herausforderung gerade auch für die deutsche Linke, die Anstrengungen zu erhöhen, bevor es zu spät ist.

Das Volk in der DDR hatte zu spät bemerkt, dass sein „Kaiser“ nackt war. Es gab kein realisierbares Sozialismuskonzept. Das „Überholen ohne einzuholen“ erwies sich nicht als eine Alternative zum Kapitalismus, sondern als eine blödsinnige Losung. Ein Rückgriff auf die alten gescheiterten Konzepte verbietet sich von selbst. Aber der große Gedanke, dass alle Dinge der Daseinsvorsorge, die wichtigsten natürlichen Ressourcen in die Hand der Gesellschaft gehören und dass die Resultate der Arbeit dem Wohle aller dienen müssen, wird bleiben. Und er muss sich durchsetzen. Aber Obacht: Auch die heute Mächtigen werden tiefgreifende demokratische Reformen so fürchten wie die damaligen. Aus den Krisen herauskommen wird die Welt aber nur, wenn sie sich neu gestaltet.

—EBE—

Zum Beschluss des Haushaltsplans 2020

Am 22. April beschloss der Stadtrat der Stadt Suhl den Haushalt für 2020. Die geplanten Einnahmen und Ausgaben stimmen im Wesentlichen mit den Vorgaben des aktuellen Haushaltssicherungskonzeptes überein. Kürzungen der Einnahmen bei Gemeindesteuern berücksichtigen aktuelle Entwicklungen aus den Steuerschätzungen, aber noch nicht die Lage aus der „Corona-Situation“. Ausgabenerhöhungen gegenüber dem Haushaltssicherungskonzept beruhen auf entsprechenden Beschlüssen des Stadtrates bzw. der Fachausschüsse.

Der Haushaltsplan entstand unter ungewöhnlichen Bedingungen. Zum einen hatte die Stadt Suhl im Jahr 2019 keinen ausgeglichenen Haushalt, da das Land die beantragten Bedarfszuweisungen unter für uns unerklärlichen Begründungen erheblich gekürzt hatte und so ein ausgeglichener Haushalt nicht möglich war. Unerklärlich deshalb, weil in den Jahren zuvor diese Zuweisungen ohne die diesmal vorgebrachten Ausflüchte genehmigt wurden. Deshalb hat der Stadtrat den Oberbürgermeister beauftragt, Klage gegen diesen Bescheid einzulegen. Die Entscheidung steht noch aus. In einem Gespräch des Präsidenten des Landesverwaltungsamtes Herrn Roßner am 15. Januar mit den Fraktionsvorsitzenden und der Verwaltungsspitze wurde die Situation erläutert. Es wurde angeregt, im Jahr 2020 zeitlich früh einen neuen Haushalt auf der Basis des Haushaltes 2019 vorzulegen. Der Stadt geht es vor allem darum, durch ein Gericht feststellen zu lassen, ob die Bedarfszuweisungen ein Almosen des Landes gegenüber den Kommunen sind oder ob eine Kommune, die nachweislich nicht in der Lage ist, ihre gesetzlichen Aufga-

ben zu erfüllen, darauf einen Rechtsanspruch hat. Recht oder Willkür, das ist hier die Frage! Willkür ist es für uns augenscheinlich, denn wie oben angeführt wurden die gleichen Haushalte in den Vorjahren ohne die neuen Kniffs gewährt. Das „Problem“ sind plötzlich die freiwilligen Aufgaben, die mit 6,25% des Haushaltsvolumens über den zugestandenen 3,5% liegen. Das war aber auch in den Vorjahren so.

Eine zweite ungewöhnliche Bedingung war die Beratung dieses Haushaltes. Die Corona-Krise verhinderte eine normale Bearbeitung des wichtigsten Papiers einer Kommune. Im März fielen alle Beratungen aus, im April fand dann nur eine Finanzausschusssitzung statt und einen Tag später tagte der Stadtrat. Die Verwaltung stellte den Entwurf (ca. 1111 Seiten!) den Stadträten digital zur Verfügung. Wir haben Fragen dazu eingereicht. Die wurden auch alle beantwortet. Aber es ist etwas anderes, ob man 50 Seiten Antworten liest oder Probleme im Dialog klärt. Trotzdem können wir für die Fraktion erklären, dass auch wie in der Vergangenheit Verlass auf die Kämmerei und den Finanzdezernenten war. Die vorgelegten Zahlen bilden die notwendigen Bedarfe ab. Trotzdem bleiben, wie in jedem Jahr, natürlich Fragen zu Kostenentwicklungen, zum Stellenplan, zu einzelnen Instandhaltungsmaßnahmen und Investitionen. Die konnten diesmal nicht in erforderlichem Maße besprochen werden. Besonders kritisch sehen wir die Entwicklungen des Stellenplans. Das werden wir im Nachgang weiter verfolgen. Natürlich wissen wir auch, dass es durch die Corona-Krise auch für die Kommune zu hohen finanziellen Belastungen kommen wird. Einrichtungen wie Tierpark, Schießsportzentrum und Waffenmuseum kosten auch während der Schließung Geld, aber Einnahmen werden nicht erzielt. Die Steuereinnahmen werden zurückgehen, da Menschen weniger verdienen und viele Betriebe weniger produzieren. Das wird den soeben beschlossenen Haushalt ordentlich durcheinander bringen. Deshalb haben wir auch darüber nachgedacht, ob eine Beschlussfassung zum jetzigen Zeitpunkt wirklich Sinn macht. Wenn wir aber keinen Haushalt mit geplanten Bedarfszuweisungen be-

schließen und einreichen, kann er auch nicht geprüft werden. Es wird aber wohl einen Nachtragshaushalt geben müssen.

Zurück zu den „freiwilligen“ Aufgaben. War es 1990 freiwillig für die Stadt, als sie Einrichtungen wie Stadthalle, Schießsportzentrum, Tierpark, Sternwarte, Waffenmuseum, Kulturhaus und Philharmonie in ihr Eigentum übernahm? Hätten wir das alles einfach stilllegen und zur Ruine werden lassen sollen? Das waren alles Bezirkseinrichtungen oder Einrichtungen mit bezirklicher Bedeutung. Für unser über die Region hinausgreifendes Verantwortungsbewusstsein werden wir seit Jahren bestraft. Diese Probleme bedürfen einer dauerhaften politischen Lösung, die sich an den ursprünglichen Intentionen des Einigungsvertrages orientiert.

Aber selbst bei Schließung all dieser Einrichtungen würden wir den Haushalt nicht ausgleichen können. Das hat 2016 die Prüfungsgesellschaft Rödl & Partner im Auftrag des Freistaates festgestellt. Geändert hat sich in den letzten 4 Jahren - nichts.

Seit 1996 konsolidiert sich die Stadt. Sie ist „ausgelutscht“. Und sie muss sich trotzdem den notwendigen Dingen des Lebens stellen und lebenswert bleiben. Denn selbst in den Jahren, in denen wir einen ausgeglichenen Haushalt hatten, blieben viele Dinge einfach liegen. Wir beziffern den Instandhaltungstau an den Gebäuden, Straßen, Brücken, Schulen u.a.m. mittlerweile mit 100 Mio EURO!

Und für die LINKE ist wichtig, dass soziale und kulturelle Projekte erhalten bleiben, wie z.B. die Selbsthilfebewegung, die Schulsozialarbeiter, die Kinderkulturnacht, die Vereinsförderung, die Bereitstellung von Sportstätten und vieles mehr. Der ÖPNV muss bedarfsgerecht zur Verfügung stehen. Damit sich der finanzielle Spielraum erweitert, haben wir in den letzten Jahren die pro-Kopfverschuldung auf den zweitniedrigsten Stand aller kreisfreien Städte abgebaut. Weniger Schulden-weniger Zinsen!

Das Thema bleibt auch unter einer Regierung mit unserer Beteiligung ein dringendes Thema.

- KLAUS LAMPRECHT / REINER MIERSCH -

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag | **Preis:** eine Spende | **Herausgeber:** DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl | **Tel./Fax:** 03681/308158 | www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de | **IBAN** DE59 8405 0000 1705 0071 51 | **BIC** HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl | Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen | **Redaktionsschluss** unserer Juni-Ausgabe 2020 ist am 22.05.2020

Neue Legenden?

Zum 100. Jahrestag des Kapp-Putsches erschien eine vierteilige Artikelserie von Holger Uske in „Freies Wort“. Um es vorwegzunehmen: Weil ich Holger Uskes Verdienste als Herausgeber der „Kleinen Suhler Reihe“ sehr hoch schätze, hat mich seine Abhandlung zu den damaligen Ereignissen in Suhl enttäuscht. Die Quintessenz seiner Darstellung: „Es gab in Suhl keinen Kapp-Putsch.“ Im Gegensatz zu Uske hat Heinrich Jung (Zella-Mehlis) in seiner Artikelreihe im „Wochenspiegel“ eine Fülle historischer Fakten und Zusammenhänge zum Kapp-Putsch zusammen getragen, die zu historisch genauen Wertungen der Ereignisse führen.

Ausgangspunkt des Diskurses zu diesem herausragenden Ereignis in der Geschichte Suhls war das Bedürfnis, rechtzeitig zum 100. Jahrestag der Niederschlagung des Kapp-Putsches eine neue Tafel am Suhler Rathaus anzubringen. Als die Fraktion der Partei DIE LINKE am 27.11.2019 im Stadtrat dem Text für die Tafel (Foto H. Jung) am Rathaus zustimmte, hatte sie Eines gewiss nicht vor: Die Geschichte des Kapp-Putsches in Suhl und seiner Niederschlagung ins Reich der Legenden zu verweisen.

In der Tat gab es eine Legende der SED-Geschichtspropaganda: „Die geeinte Arbeiterklasse besiegte 1920 die Kapp-Putschisten.“ Diese Formulierung ist aus mehreren Gründen unhaltbar. Es gab keine „geeinte Arbeiterklasse“, denn die ideologischen und politischen Gegensätze zwischen den Genossen und Anhängern der USPD, der SPD und der KPD bestanden auch während und nach der Niederschlagung des Putsches. Vielmehr handelte die Arbeiterschaft der Region einheitlich in Verfolgung eines gemeinsamen Zieles, das in der Verteidigung der politischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution und der Verhinderung einer rechtsradikalen Militärdiktatur bestand. Die Formulierung „geeinte Arbeiterklasse“ suggerierte unerschwinglich, es habe sich um eine Vorwegnahme der Vereinigung unter Führung der Kommunisten gehandelt. Die Verkürzung auf die geeinte Arbeiterklasse als alleinige Besiegerin des Putsches sparte zudem den wichtigen Anteil der Angestellten und Beamten, bis hin zur Berliner Ministerialbürokratie, und des liberalen Bürgertums am Scheitern des Putsches aus.

Aber dass es den Kapp-Putsch

in Suhl wie in ganz Thüringen gab, ist keine Legende! Im Begleittext zur Sonderausstellung „Gegenrevolution 1920. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch in Thüringen“ im Stadtmuseum Weimar heißt es dazu: „Am 13. März 1920 versuchten rechtsradikale Kräfte um General Walther von Lüttwitz, die junge Weimarer Republik zu stürzen und unter Wolfgang Kapp eine antidemokratische Regierung zu errichten. Die Auswirkungen des Kapp-Lüttwitz-Putsches wurden überall im Land spürbar; Epizentren des gewaltsamen politischen Bebens waren neben Berlin und dem rheinisch-westfälischen Industrieviertel die Regionen Thüringens.“ Die Reichswehrführung beging Hochverrat (der niemals geahndet wurde), als sie sich weigerte, die Verfassung und die rechtmäßige Regierung zu verteidigen. Der Chef des Truppenamtes Hans von Seeckt wird mit den Worten zitiert „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“. Aber sie schoss auf die Arbeiterschaft, die die Demokratie verteidigte, auch in Suhl! Suhl war ein Zentrum der Abwehrkämpfe der Arbeiterschaft gegen die Kräfte in Reichswehr, Polizei und Einwohnerwehren, die in der Provinz durch begleitende putschähnliche Aktionen die Putschisten in Berlin unterstützten.

Dass es sich bei der Besetzung Suhls um eine regierungs- und verfassungsfeindliche Aktion handelte, geht aus einem Schreiben vom 29. Juni 1920 an das Landgericht Meiningen, unterzeichnet vom Bürgermeister Hertwig und vom Rechtsanwalt Warnke, hervor. „In der Nacht vom 14. zum 15. März hatten Teile der Reichswehr aus Meiningen die Stadt, vor allem Rathaus und Post besetzt. Die Reichsbrigade stand aber nach Ansicht der Arbeiterschaft auf Seiten des Kapp-Putsches. Dieser Verdacht hatte sich dadurch bei den Arbeitern zur Gewissheit verstärkt, dass der Brigade-Befehlshaber v. Stolzmann, während die rechtmäßige Reichs-Regierung den

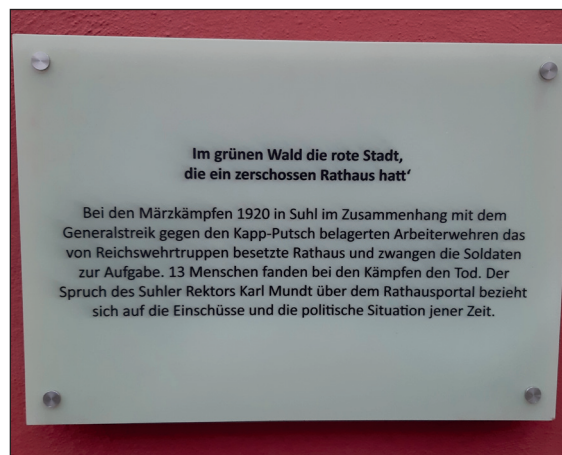
politischen Streik ausgerufen hatte (Beweis: Auskunft des Reichskanzlers) durch die Verordnung vom 13. März ...jeglichen politischen Streik verboten hatte (Beweis Kreisblatt Nr. 44)“.

Das ist eindeutig: Der Reichskanzler hatte amtlich bestätigt, dass es den Aufruf der Reichsregierung (der sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung einschließlich Reichspräsident und -kanzler) zum politischen Streik als wichtigen, ja zentralen Teil des Regierungshandelns während des Putsches gab. Im Lichte dieses Aufrufs war die Verordnung von Stolzmanns (Befehlshaber der Reichswehrbrigade XI in Kassel), dessen Meininger Garnison Suhl besetzte, offen gegen die verfassungsmäßige Regierung Ebert/Bauer und die sie verteidigenden Kräfte gerichtet.

Die in dem Brief der Stadt Suhl vom 29. Juni 1920 geschilderten Vorgänge passen völlig ins Bild, wie der Kapp-Putsch im ganzen Land ablief. Wie in Suhl haben an vielen Orten Reichswehr-Einheiten (die nicht den Putschisten Kapp, Lüttwitz, Erhardt & Co. unterstanden) im Sinne der Putschisten mit äußerster Brutalität „für Ruhe und Ordnung“ gesorgt und Aktionen im Sinne des Streikaufrufs der regulären Reichsregierung unterbunden bzw. zu unterbinden versucht. Überall bestand das Ziel der illegalen Militäraktionen der Reichswehr darin, den Putschisten den Rücken frei zu halten und dadurch die Etablierung der illegalen Kapp-Regierung zu ermöglichen. Mit ihren gegenrevolutionären Aktionen forderten sie den Widerstand aller verfassungs- und republiktreuen Kräfte heraus. Die Mehrheit der Bevölkerung, besonders in den Industrie- und Verwaltungszentren, hatte erkannt, dass der Weg in eine rechtsradikale Militärdiktatur verhindert werden musste. Das kostete viele Opfer und führte zum Scheitern des Putsches. Mit allen Mitteln einschließlich Mord versuchten auch in Suhl die Reichswehr, die Polizei und die Einwohnerwehr die Stadt unter ihre Kontrolle zu zwingen. Das scheiterte am Widerstand der Arbeiterschaft, der Handwerkschaft und von Menschen aus dem liberalen Bürgertum.

Nach dem Scheitern des Putsches zogen Reichswehreinheiten, Einwohnerwehren und nicht zuletzt studentische Freiwilligenkorps einen blutigen Rachefeldzug durch Mittel- und Westthüringen. Das war der Bürgerkrieg von oben unter dem Vorwand, den Bürgerkrieg verhindern zu wollen.

-ECKHARD GRIEBEL-





Am 4. April legten Ina Leukefeld, Vorsitzende des Stadtverbandes Suhl der Partei DIE LINKE, Philipp Weltzien, Ilona Burandt und Helmut Hellmann Blumen am Denkmal auf dem Heinrichser Friedhof im Gedenken an die antifaschistischen Widerstandskämpfer Guido Heym, Robert Gladitz und Erhard Schübel nieder. Im Laufe des Tages gedachten weitere GenossInnen und BürgerInnen individuell der Widerstandskämpfer, die zu den 149 Menschen gehörten, die kurz vor Ende des Krieges aus dem KZ Buchenwald auf einen Todesmarsch getrieben und nahe von Weimar bestialisch ermordet wurden, als Suhl schon von den Amerikanern befreit war. Philipp Weltzien (MdL) erklärte: „Es ist für uns Suhler LINKE kein Ritual, an dem 75. Todestag diesen Männern ganz individuell zu gedenken und Blumen an die Stätte des Erinnerns und Mahnens am Heinrichser Friedhof zu stellen. Wir stehen in dieser Tradition und werden, wo immer das möglich ist, an das Wirken und die Hoffnungen der Menschen jener faschistischen Zeit erinnern. Nichts und niemand darf vergessen werden. Dabei erneuern wir das Versprechen, uns für eine Welt ohne Kriege, für ein friedliches und solidarisches Miteinander einzusetzen. Keine Chance den alten und den neuen Nazis! Wir heute Lebenden tragen dafür die Verantwortung.“

Foto: E. Griebel

Ostergrüße für Flüchtlingskinder

Liebevoll gepackte kleine süße Ostergrüße übergab das Team Sport und Spiel für Flüchtlingskinder dem Sozialdienst in der Erstaufnahme auf dem Friedberg. Mit dieser kleinen Geste der Solidarität wurden die Kinder überrascht und zauberten strahlende Augen in die Gesichter der Kinder. Während für unsere Kinder Weihnachten eine besondere

Rolle spielt, ist für die muslimischen Kinder das jährliche Zuckerfest ein Höhepunkt, in diesem Jahr der 23./24. Juni. Wir möchten die Kinder aus diesem Grunde gerne mit kleinen Aufmerksamkeiten überraschen und würden uns freuen, wenn unser Anliegen mit einer Spende Unterstützung finden könnte.

-KARIN HORNSCHUCH-

Termine Mai 2020

Am 8. Mai findet um 15.00 Uhr eine Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am Sowjetischen Ehrenmal in der Würzburger Straße statt.

Alle Teilnehmer sind aufgefordert, die gültigen Regeln, besonders hinsichtlich der Einhaltung des Mindestabstandes und der Begrenzung der Teilnehmerzahl, zu befolgen.

„Die Linke denkt nicht an die Unternehmer“

So war die konkrete Aussage eines Handballfreundes von mir. Er ist Kleinunternehmer, beschäftigt sich mit haushaltsnahen Dienstleistungen und bestreitet daraus seinen Lebensunterhalt. Seit den Beschränkungen durch die Coronapandemie hat er kaum noch Einnahmen. Meinen Hinweis auf die anstehenden Soforthilfen in Thüringen konterte er mit Argumenten wie „Bürokratiemonster, leere Versprechungen“ usw. Nun fühlte ich mich als Mitglied im Stadtvorstand einer Thüringer Regierungspartei herausgefordert. An dem Tag, als die Anträge zur Soforthilfe online gingen, war ich bei ihm und habe mit ihm diese zwei Seiten Antrag und eine Erklärung dazu ausgefüllt und diese Blätter mit der Kopie der Gewerbeanmeldung direkt zur Thüringer Aufbaubank geschickt. Eine Woche später rief er mich an und sagte, er habe heute 5000 Euro von der Aufbaubank auf seinem Konto. Er war glücklich. Er könne nun erstmal positiv in die nächsten Wochen schauen. Wir haben dann zusammen noch Leistungen nach SGB 2, also Hartz 4, für ihn beantragt und seine Existenz ist gesichert. Er war des Lobes voll über Politik, die Thüringer Landesregierung und die schnelle unkomplizierte Hilfe.

Ich habe inzwischen bei 2 Vereinen, 5 weiteren Soloselbstständigen und einem Unternehmen mit 20 Mitarbeitern bei der Beantragung der Soforthilfe Unterstützung geleistet und die meisten haben ihre Hilfe schon bekommen. Dem Unternehmen wurde mit 20.000 EURO geholfen. Sie alle sind froh, dass wir diese Krise mit einem guten Ministerpräsidenten und einer stabilen Landesregierung überstehen.

Soforthilfe für Unternehmen und Vereine findet man unter www.wirtschaft.thueringen.de.

Diese Krise zeigt deutlich, was Politik kann und wie die Menschen zusammenhalten und sich gegenseitig helfen. Ich helfe auch bei „Freies Wort hilft“ und kaufe ein, hole Rezepte oder fahre Menschen zum Arzt. Solche Hilfeleistungen sollten wir nach der Krise beibehalten.

Wer Hilfe braucht, kann sich gerne direkt an mich wenden:

Mobil: 015206243802 oder per Mail steffen-hartwig24@gmx.de

-STEFFEN HARTWIG-